
ANWALTSPRÜFUNG KANTON AARGAU

Herbst 2025

Öffentliches Recht

Expertin: *Antonia Fischer, Oberrichterin*

Dauer: 4 Stunden

Hilfsmittel: *Bundesrecht: BV
Kantonales Recht: KV, VRPG, DeIV, GG, SPG, SPV
Merkblatt der SKOS "Medizinische Nothilfe/Finanzierungs-
fragen bei Touristinnen und Touristen und Durchreisenden"*

Die Fälle sind ausschliesslich gestützt auf den vorgegebenen Sachverhalt zu lösen (keine Erweiterung oder Ergänzung des Sachverhalts). Geben Sie bei der Lösung jeweils die Rechtsgrundlage (grundsätzlich aus dem Bereich der abgegebenen Gesetzestexte) an. Unterlassen Sie in Ihrer Arbeit jeden Hinweis auf Ihre Person und führen Sie, sofern notwendig, jeweils RA Z. als Rechtsvertreterin bzw. Rechtsvertreter auf (Anonymisierung der Prüfung). Punkte werden nur für schlüssige und nachvollziehbare Ausführungen vergeben. Krass unzutreffende oder an der Sache vorbeigehende Ausführungen führen zu einem Punkteabzug. Achten Sie bei der Lösung auf die systematische Darstellung und den sprachlichen Ausdruck.

D.____, geboren 1939, amerikanische Staatsangehörige und wohnhaft in Kosovo, hielt sich über Weihnachten 2024 bei ihrer in der Aargauer Gemeinde X.____ wohnhaften Tochter A.____ auf. Am 25. Dezember 2024 wurde sie wegen eines akuten Schlaganfalls notfallmässig im Spital E.____ hospitalisiert, wo sie am 3. Januar 2025 verstarb.

Mit Schreiben vom 8. Januar 2025 informierte die Spital C.____ AG als Rechtsträgerin des Spitals E.____ den Sozialdienst der Einwohnergemeinde X.____ (nachfolgend: der Sozialdienst) über den medizinischen Notfall. In der Beilage übermittelte sie dem Sozialdienst u.a. ein Gesuch um materielle Hilfe im Sinne einer Übernahme der Behandlungskosten, welches am 28. Dezember 2024 durch A.____ "in Vertretung" der D.____ unterzeichnet worden war. Der Sozialdienst der Einwohnergemeinde X.____ lehnte eine Kostenübernahme mit Schreiben vom 10. Januar 2025 und, nachdem die Spital C.____ AG am 28. Februar 2025 schriftlich in eigenem Namen um Kostenübernahme ersucht hatte, mit Schreiben vom 4. März 2025 ab.

Am 8. April 2025 stellte A.____, die Alleinerbin der D.____ ist und selbst in günstigen finanziellen Verhältnissen lebt, der Spital C.____ AG eine Vollmacht betreffend "Kostenrückerstattung im Zusammenhang mit dem Spitalaufenthalt von D.____ (sel.) vom 25.12.2024 bis 03.01.2025" aus. Die Vollmacht umfasste insbesondere die Ermächtigung, ein Gesuch um materielle Hilfe einzureichen, und zur entsprechenden Prozessführung. Am 16. Mai 2025 ersuchte die Spital C.____ AG den Sozialdienst – unter Beilage der vom 9. Mai 2025 datierenden entsprechenden Rechnung und der Vollmacht der A.____ vom 8. April 2025 – um Übernahme der Behandlungskosten im Betrag von Fr. 33'984.00. Der Sozialdienst wies das Gesuch mit Entscheid vom 6. Juni 2025 ab. Das Dispositiv des Entscheids lautete:

1.
Das Gesuch um materielle Hilfe wird gestützt auf die Erwägungen abgelehnt.
2.
Der Sozialdienst X.____ lehnt eine Übernahme der Behandlungskosten für die verstorbene D.____ von Fr. 33'984.00 gemäss Spitalrechnung der Spital C.____ AG ab.

Gegen diesen Entscheid opponierten sowohl die Spital C.____ AG als auch A.____, woraufhin der Gemeinderat der Einwohnergemeinde X.____ den Entscheid des Sozialdienstes mit Beschluss vom 15. Juli 2025 bestätigte.

Frage 1 (max. 8 Punkte)

a.

Welches Rechtsmittel hatten die Spital C.____ AG bzw. A.____ gegen den Entscheid des Sozialdienstes ergriffen?

b.

Was konnten die Spital C.____ AG und A.____ gegen den Entscheid des Gemeinderats der Einwohnergemeinde X.____ vom 15. Juli 2025 unternehmen (Rechtsmittel, zuständige Instanz)?

In ihrem am 19. August 2025 erhobenen Rechtsmittel gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 15. Juli 2025 stellten A.____ und die Spital C.____ AG folgende Anträge:

1.
Der Entscheid des Gemeinderats X.____ vom 15. Juli 2025 sei aufzuheben.
2.
Der Alleinerbin von D.____, geb. 19.9.1939, gest. 3.1.2025, sei CHF 33'984.– zuzusprechen.
3.
Der Betrag sei der Spital C.____ AG zu überweisen.
4.
Unter Kosten- und Entschädigungsfolge zu Lasten der Einwohnergemeinde X.____.

Das von der Spital C.____ AG und von A.____ gegen den Entscheid des Gemeinderats der Einwohnergemeinde X.____ erhobene Rechtsmittel wurde mit Entscheid vom 8. September 2025 in dem Sinne gutgeheissen, dass die dafür zuständige Instanz den Gemeinderatsbeschluss vom 15. Juli 2025 aufhob und die Sache zur weiteren Abklärung und zur erneuten Beurteilung des Gesuchs an den Gemeinderat zurückwies. Die Einwohnergemeinde X.____ will diesen Entscheid nicht akzeptieren.

Frage 2 (max. 12 Punkte)

a.

Was kann die Einwohnergemeinde X.____ gegen den Entscheid vom 8. September 2025 unternehmen (Rechtsmittel, Instanz)?

b.

Welche Stellung kommt der Spital C.____ AG und der A.____ im fraglichen Rechtsmittelverfahren zu?

c.

Wird die zuständige Instanz auf das von der Einwohnergemeinde X.____ (frist- und formgerecht) erhobene Rechtsmittel eintreten?

Frage 3 (max. 8 Punkte)

a.

Hat der Sozialdienst das am 28. Dezember 2024 von A.____ in Vertretung der D.____ unterzeichnete Gesuch um materielle Hilfe im Sinne einer Übernahme der Behandlungskosten mit Schreiben vom 10. Januar und 4. März 2025 zu Recht abgewiesen? Beantworten Sie diese Frage unabhängig davon, ob A.____ zur Vertretung von D.____ berechtigt war.

b.

Hat A.____ aufgrund ihrer Stellung als (alleinige) Erbin Anspruch auf materielle Hilfe der Einwohnergemeinde X.____ im Betrag von Fr. 33'984.00?

Frage 4 (max. 22 Punkte)

a.

Hat die Spital C.____ AG selber gegenüber der Einwohnergemeinde X.____ einen Anspruch auf Übernahme der Behandlungskosten in Höhe von Fr. 33'984.00?

b.

Hätte die zuständige Instanz im Falle, dass die Spital C.____ AG einen solchen Anspruch hätte und ein Anspruch von A.____ nicht bestünde, die Einwohnergemeinde X.____ mit Entscheid vom 8. September 2025 richtigerweise zur Übernahme der Behandlungskosten verpflichten müssen?

Beantworten Sie diese Frage unabhängig von Ihren Antworten auf die vorangehenden Fragen.

Frage 5 (max. 10 Punkte)

a.

Unterscheidet sich der sich aus der Bundesverfassung ergebende Anspruch auf Nothilfe in seinem Umfang vom entsprechenden kantonalrechtlichen Anspruch? Falls ja, inwiefern?

b.

Könnte ein Anspruch auf Übernahme der Kosten der notfallmässigen Behandlung einer Person auf nach deren Versterben eingereichtes entsprechendes Gesuch hin grundsätzlich gestützt auf die Bundesverfassung zu bejahen sein?